



Gregor Gysi

Der Linke aus Berlin

Gregor Gysi, 71, Die Linke, Präsident der Europäischen Linken und Mitglied des Deutschen Bundestags für Die Linke

Wenn man nach der Europawahl auf der politischen Landkarte die Hochburgen von rechtsextremen Parteien markiert, sind die alte BRD und die alte DDR wieder deutlich erkennbar. Das gilt auch für andere Parteien. Der Osten hat also ein Problem. Wirklich der Osten? Wer dies behauptet, schreibt die Fehler fort, die zur aktuellen Situation geführt haben. Nicht der Osten hat ein Problem, sondern die herrschende Politik in den vergangenen 30 Jahren, die den Menschen, die im Osten geblieben sind, viel zu wenig das Gefühl gab, zur Kenntnis und ernst genommen zu werden. Das gilt für soziale und Identitätsängste. Trotzdem, niemand muss deshalb rassistische Parteien wählen. Eine klare Mehrheit im Osten tut das auch nicht, denn es löst kein Problem, sondern schafft nur neue. Abgrenzung, Ausgrenzung, verbale und reale Gewalt gegen Andersdenkende, Andersaus-

Niedrige Löhne, schlechte Busverbindungen – das müssen die etablierten Parteien lösen

sehende, Andersfühlende, Andersglaubende erhöhen weder die Löhne noch machen sie die Deindustrialisierung im Osten rückgängig oder schaffen bessere Bus- und Bahn-Verbindungen im ländlichen Raum. Im Gegenteil. Das sind die Probleme, die die etablierten Parteien endlich glaubwürdig lösen müssen, wenn sie den völkischen Antworten von Rechtsaußen die Grundlage entziehen wollen. Solange die CDU in Sachsen aber niedrige Löhne, obwohl längst widerlegt, als Standortvorteil preist und Bundes- und Landespolitik beim zweifellos notwendigen Kohleausstieg zwar Milliarden verspricht, aber konkrete berufliche Perspektiven für die Kohlekumpel schuldig bleibt, finden Bedrohungsszenarien und Klimawandelleugner offene Ohren. Wenn dann noch – wie vornehmlich in Sachsen – eine Ignoranz oder gar wohlwollende Hinnahme gegenüber dem Vordringen rechts-extremistischer Strukturen in die Mitte der Gesellschaft hinzukommt, lädt man dazu ein, die Demokratie infrage zu stellen.

SPD und Union im freien Fall?

Das Thema

Auch bei der Europawahl stürzten CDU und SPD weiter ab. Parteienforscher Eckhard Jesse und unsere Kolumnisten analysieren Gründe und Folgen

Von Wahl- und Parteienforscher Prof. Dr. Eckhard Jesse

Es sind große Worte: Die Wahlen zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 stellen eine Zäsur dar. Zum ersten Mal haben Union und SPD bei einer bundesweiten Wahl mit zusammen 44,7 Prozent die absolute Mehrheit verfehlt. Und zum ersten Mal wurde die SPD bundesweit nur drittstärkste Kraft, Bündnis 90/Die Grünen mit 20,5 Prozent die zweitstärkste. Die AfD (11,0 Prozent) erreichte als viertstärkste Partei geringfügig mehr Stimmen als Die Linke (5,5 Prozent) und die FDP (5,4 Prozent) zusammen. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 erzielten lediglich die Grünen Gewinne. Allerdings verbietet es sich, vom Ausgang einer Europawahl auf den einer Bundestags- oder Landtagswahl zu schließen.

Klar ist aber, dass Deutschland, was das Wahlverhalten angeht, weithin gespalten ist. Die AfD, im Osten (21,1 Prozent) fast so stark wie die CDU (21,5 Prozent), lehnt „Multi-Kulti“ durchweg ab; die Grünen, im Westen (22,5 Prozent) fast so stark wie die CDU (22,8 Prozent, allerdings ohne die CSU), bejahen „Multi-Kul-

Angela Merkel ist wegen ihrer Flüchtlingspolitik im Osten unbeliebter als im Westen

ti“ durchweg. Beide Kräfte, die der Anti-68er und die der 68er, bedienen damit ihr Milieu und sind vom Typus einer Volkspartei weit entfernt. Mit den Grünen und den „Blauen“ verzeichnen Parteien Erfolge, die sich wie Feuer und Wasser gegenüberstehen. Wer Klimawandel zum Maß aller Dinge macht und die Massenzuwanderung ignoriert, lässt sich ebenso von Gefühlen treiben wie derjenige, der Kli-



Eine Woche nach der Europawahl kündigte SPD-Vorsitzende Andrea Nahles nun ihren Rücktritt an

Auch CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer steht wegen des Wahldesasters in der Kritik

Europawahl 2014

27,3%

Europawahl 2019

15,8%

Europawahl 2014

35,3%

Europawahl 2019

28,9%

mawandel ignoriert und Massenzuwanderung zum Maß aller Dinge macht. Er kultiviert Ängste. Problematisch wird der Befund dadurch, dass die eine Kraft eine „Partei des Westens“ ist und die andere eine „Partei des Ostens“. Dies belebt den Ost-West-Konflikt in unguter Weise.

Die Reaktion der Wählerschaft ist schnelllebig. Bei der Übernahme von Regierungsverantwortung im Bund durch die Grünen könnten die hohen Erwartungen ihrer Wähler aufgrund der Notwendigkeit zu Kompromissen schnell enttäuscht werden. Und sollte sich in der AfD

ein fundamentalistischer Kurs durchsetzen, würde die Partei ihre Anziehungskraft schwächen. Sie würde eine Regionalpartei des Ostens, wie dies der Partei Die Linke früher nachgesagt worden war.

Die beiden Volksparteien CDU und SPD haben im Osten (zusammen 33,7 Prozent) schlechter abgeschnitten als AfD und Die Linke (zusammen 34,5 Prozent). Die euphorischen Töne innerhalb der CDU zu Anfang der neunziger Jahre sind längst verklungen, Angela Merkel ist wegen ihrer Flüchtlingspolitik unbeliebter als im Westen. Manche CDU-Wähler favorisie-

ren eine Koalition mit den Grünen und manche eine mit der AfD. Allerdings nehmen sich diese Probleme der CDU weitaus weniger gravierend aus als die der SPD.

Deren Defizite sind, zumal im Osten, personeller, strategischer und inhaltlicher Art. Der SPD fehlen Personen mit großer Ausstrahlung. Manuela Schwesig, die Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns, überzeugt immerhin eher als der blasse Dietmar Woidke, der Ministerpräsident Brandenburgs. Und Andrea



Autor Prof. Dr. Eckhard Jesse, geboren 1948 in Wurzen bei Leipzig, lehrte von 1993 bis 2014 an der TU Chemnitz Politikwissenschaft

Nahles, deren Rücktritt als Folge der verheerenden Wahlniederlage konsequent war, erfuhr im Osten noch weniger Unterstützung als im Westen. Strategisch ist die Repräsentanz der Partei in allen ostdeutschen Landesregierungen von Nachteil, weil die SPD so für alle Versäumnisse haftbar gemacht wird. Die Partei setzt auch im Osten stark auf Klimaschutz und vernachlässigt ihr traditionelles Milieu, das zum Teil zur AfD wandert. Ob sich die SPD in der Nach-Nahles-Ära nun häutet?

Obwohl die SPD im Osten so schlecht dasteht wie nie, kann sie bei den beiden Landtagswahlen am 1. September (Brandenburg, Sachsen) und der am 27. Oktober (Thüringen) erneut in allen Landesregierungen vertreten sein, in Brandenburg vielleicht sogar das Amt des Ministerpräsidenten behalten. In Sachsen und Thü-

Die SPD setzt stark auf Klimaschutz und vernachlässigt ihr traditionelles Milieu

ringen dürfte sie als Mehrheitsbeschafferin für eine CDU-geführte Regierung infrage kommen. Die AfD lehnt jede Beteiligung an einer Koalition ab. Durch ihr vermutlich gutes Abschneiden beeinflusst sie aber indirekt die Zusammensetzung der Regierungen. So kann sie Zweierkoalitionen ebenso verhindern wie die Wiederwahl Bodo Ramelow in Thüringen zum Ministerpräsidenten.



Arnold Vaatz

Der Konservative aus Sachsen

Arnold Vaatz, 63, 1989 Mitgründer des Neuen Forums in Dresden, heute CDU-Politiker aus Sachsen und einer der Vize-Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Einmal schrie vor einem Gemüseladen ein Mann auf mich ein: Er sei ein alter, weißer Mann und habe es satt, von „uns“ als das Kehrlicht der Welt behandelt zu werden. Von „uns“ im Fernsehen mit Rotlicht und Grünlicht bestrahlt zu werden. Niemals wieder werde er „uns“ wählen. Er habe „uns“ jahrelang unterstützt. Er habe 40 Jahre gearbeitet. Er habe auf der Straße gestanden, 1989. Keinem Menschen habe er etwas zuleide getan. Als ein Magazin eine braun gemalte Sachsen-Karte zeigte, fragte mich jemand mit bitterer Ironie, ob man uns Sachsen nicht bald zwingen wird, einen braunen Stern zu tragen. Die Ostdeutschen und zuerst die Sachsen haben vor 30 Jahren eine Diktatur hinweggefegt. Von wohlstandsverwöhnten Fernsehtalkern und alten SEDlern dauernd über Demokratie belehrt zu werden, ist eine dreckige Beleidigung. Dies hat eine Lawine der Wut ins Rollen

Im Fall einer Mehrheit von Linken, Grünen und AfD sollte die CDU in die Opposition gehen

gebracht. Sie hat die Wahlkabinen erreicht und breitet sich aus: Über alle Parteien, die als Verbündete der ausschließlich linksgrün gepolten Meinungsindustrie wahrgenommen werden. Aber was tun? Ich will weiter die GroKo, denn alles andere wird schlimmer. Aber dazu gehören zwei. Eben hat die SPD wieder einmal die Vorsitzende verschlissen. Schade. Ihr Bätschi-Geplapper ging mir zwar auf die Nerven. Aber sie wurde zu einer klugen und verlässlichen Partnerin. Und was soll die CDU tun? Schnell ein bisschen grüner werden? Eine grüne Partei gibt's bloß schon. Zwei braucht niemand. Oder nach rechts rücken? Eine rechte Partei gibt's bloß auch schon. Aber halt: Wir sind ja die Mitte! Doch die schmilzt gerade im politischen Klimawandel: Ehe sie sich ganz auflöst, hoffe ich auf die Vernunft der sächsischen CDU. Dass sie die Kernschmelze vermeidet und im Fall einer rechnerischen Mehrheit von Linken, Grünen und AfD in die Opposition geht. Und dort wieder zu Kräften kommt.